

Starbatty, Joachim

Working Paper

Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung: Die Lehren Friedrich Lists

Tübinger Diskussionsbeiträge, No. 143

Provided in Cooperation with:

University of Tuebingen, Faculty of Economics and Social Sciences, School of Business and Economics

Suggested Citation: Starbatty, Joachim (1998) : Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung: Die Lehren Friedrich Lists, Tübinger Diskussionsbeiträge, No. 143, Eberhard Karls Universität Tübingen, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Tübingen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/104846>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

**Wirtschaftspolitik in Zeiten
der Globalisierung
- Die Lehren Friedrich Lists -**

Joachim Starbatty



Tübinger Diskussionsbeiträge

**Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

**Wirtschaftspolitik in Zeiten
der Globalisierung
- Die Lehren Friedrich Lists -**

Joachim Starbatty

**Tübinger Diskussionsbeitrag Nr. 143
August 1998**

**Wirtschaftswissenschaftliches Seminar
Mohlstraße 36, D-72074 Tübingen**

Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung - Die Lehren Friedrich Lists^{*}

Joachim Starbatty, Universität Tübingen

Vor 50 Jahren, am 30. November 1946, hat Theodor Heuss die Gedenkrede zum 100. Todestag von Friedrich List gehalten. Eine bemerkenswerte Rede. Es ist eine hohe Ehre, heute und hier die Gedenkrede zum 150. Todestag zu halten.

Warum, so können Sie fragen, ein Tübinger Professor? Haben die Tübinger denn nicht den Reutlinger Friedrich List schlecht behandelt, ihn vergrault, und sitzt hier nicht der Reutlinger Professor Eugen Wendler, ein Kenner Friedrich Lists sondergleichen. Aber wie subtil, Herr Oberbürgermeister, einen Tübinger Professor die Gedenkrede halten zu lassen, damit die Tübinger Professoren Genugtuung leisten gegenüber dem Reutlinger Friedrich List.

Was war das für ein Mensch, dieser Friedrich List? Ich verlese den charakterisierenden ersten Absatz aus der Gedenkrede von Theodor Heuss: „In seinen Denk- und Glaubwürdigkeiten, die 1859 erschienen sind, wirft der andere große Sohn der Stadt Reutlingen, Hermann Kurz, einen Blick auf seine Kindheit. Deren Atmosphäre umgibt ihn wieder, Kurz ist 24 Jahre jünger als Friedrich List. Der Zufall will es, daß der 30. November, der Todestag Friedrich Lists, sein Geburtstag ist. Und da er in die Erinnerungen gerät, spricht er davon, die Angehörigen hätten zu dem Buben, wenn er ungebärdig war, gesagt: Oh Herr, meine Güte, das wird ja der zweite List, und später: Dir wird es noch einmal genau so ergehen, wie es dem List ergangen ist“.¹

Welches Bild Friedrich Lists tritt uns entgegen, wenn wir seine Schriften lesen? Es ist ein frischer Stil, kein Modergeruch, nichts Angestaubtes, mitreißend geschrieben, zupackend, direkt, spontan, ohne Umschweife, gerade heraus. Friedrich List war ein Mann mit Zivilcourage, ohne Furcht vor Fürstenthronen - ein freier Mann, ein freier Denker. Den schönsten Ausdruck findet das in einem Brief Friedrich Lists, den er in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Reading, am 13. Januar 1828 an Gouverneur Giles von Virginia geschrieben hat. List stellt hier zunächst richtig, daß er nicht, wie Gouverneur Giles angenommen hatte, früher österreichischer Untertan gewesen sei. Er fährt dann fort: „Wessen Untertan war ich denn, wenn nicht Österreichs,

^{*} Festansprache auf der Gedenkfeier zum 150. Todestag von Friedrich List am 30.11.1996 in Reutlingen.

¹ Theodor Heuß, Der Reutlinger Friedrich List. Rede bei der Gedenkfeier der Stadt Reutlingen zum 100. Todestag von Friedrich List am 30. November 1946, Stuttgart und Tübingen 1947, S. 7.

Sir, niemandes, genau wie Sie, geboren und aufgewachsen in einem freien Land, empfing die gleichen praktischen Lektionen der Menschenrechte, genau wie Sie, ja bessere sogar - ich sah keine Sklaven rund um meine Wiege“.² Josef Molsberger, Nachfolger auf dem Tübinger Lehrstuhl Friedrich Lists, hat dazu gesagt: „Das ist ein Ausdruck des Bürgerstolzes, bei dem jedem geschichtsbewußten Reutlinger das Herz aufgehen muß“.³ [Beifall]

Im Nachhinein loben und feiern wir den freien Denker List. Wir rühmen seine Zivilcourage; aber in der Zeit, in der er Zivilcourage übte, war das lästig, störend, ärgerlich. Zivilcourage ist nicht dadurch charakterisiert, daß man für seinen Mut gelobt wird, sondern dadurch, daß man wegen Ungebührlichkeit getadelt wird. Wenn List vortrat, dann war es oft so, daß die anderen sich duckten, die vorher an seiner Seite waren. Friedrich List mußte erfahren, immer wieder: Wer sich einsetzt, setzt sich aus - besonders, als er sich in Frankfurt für württembergische und deutsche Interessen einsetzte.

Im Frühjahr 1817 reiste List nach Frankfurt. Dort tagte der Deutsche Bund. Hier traf er mit Kaufleuten und Gewerbetreibenden zusammen. Man klagte und zürnte über Beschwerden des Handels, über Zeitverlust, über Ausplünderung durch Zollbehörden, Schikanen, über Dünkel der Bürokratie und Schädigung der Konsumenten, über die deutsche Kleinstaaterei und die ganze Plackerei mit Zoll- und Mautstellen. Es mußte etwas getan werden. Friedrich List ist, wie so oft, sofort Feuer und Flamme; er entwirft die Bittschrift: „Achtunddreißig Zoll- und Mautlinien in Deutschland lähmen den Verkehr im Innern. Um von Hamburg nach Österreich, von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man zehn Staaten zu durchschneiden, zehn Zoll- und Mautordnungen zu studieren, zehn mal Durchgangszoll zu bezahlen“.⁴

Zugleich ist er an der Gründung des Deutschen Handels- und Gewerbevereins beteiligt und läßt sich zu dessen Geschäftsführer bestellen. List teilt diese nicht ganz gewöhnliche Aufgabe sofort seinem König mit - und nun ist das Maß am Hofe voll. List, der am Hofe wegen seines freien Redens schon längst aufgefallen und inzwischen auch in Ungnade gefallen ist, wird gemäß-

² List, Letter to Governor Giles, 13.01.1828, in: Friedrich List, Grundlinien einer Politischen Ökonomie und andere Beiträge der Amerikanischen Zeit 1825-1832, Werke, Band 2, Berlin 1931, S. 177 (aus dem Englischen Übersetzt).

³ Josef Molsberger, „... Württemberger und Deutscher zugleich seyn“. Tätigkeit und Nebentätigkeit des Tübinger Professors Friedrich List, Vortrag im Rahmen des Studium generale am 26. November 1996, S. 9 (Manuskript).

⁴List, Bittschrift an die Bundesversammlung, 14.04.1819, in: F. List, Der Kampf um die politische und ökonomische Reform 1815-1825, Zweiter Teil, Werke, Band 1.2, Berlin 1933, S. 492.

gelt. Der damals verantwortliche Minister von Otto schrieb ihm: „Dem Professor List kann es nicht verborgen sein, daß nach der Natur der Sache und nach den in allen geordneten Staaten bestehenden Grundsätzen einem mit einem öffentlichen Amt bekleideten Staatsdiener nicht gestattet sein kann, irgendeine, seinem Amte fremde öffentliche Geschäftsführung, zumal in einem auswärtigen Staate, ohne ausdrückliche Erlaubnis der ihm vorgesetzten Behörde zu übernehmen, und daß es ebensowenig dem Diener zusteht, sich darüber, ob eine solche heterogene öffentliche Geschäftsführung mit den ihm obliegenden Amtspflichten oder seiner amtlichen Stellung überhaupt vereinbarlich sei oder nicht, eine Erkenntnis eigenmächtig anzumaßen“.⁵

Also: Freies Denken und Handeln waren nicht erwünscht, das galt als Anmaßung. Wie reagiert List? Er legt spontan sein Professorenamt nieder und schreibt - ganz freier Denker -: „Ich habe diese Geschäftsführung in keinem auswärtigen Staate übernommen. Nur wenn das Ministerium die Nichtexistenz des Deutschen Bundes annimmt, nur alsdann, wenn es den Satz aufstellt, daß die Hessen, die Bayern und die Frankfurter dem Württemberger in allen Dingen ebenso fremd seien als die Franzosen und Engländer, nur dann kann es in dieser Beziehung Frankfurt einen auswärtigen Staat heißen. In der Natur des Deutschen Bundes liegt es aber, daß in allen Dingen, in welchen die deutschen Volksstämme ein gemeinschaftliches Interesse haben, sie sich nicht als Fremde, sondern als Genossen betrachten. Eine solche Gemeinschaftlichkeit der Interessen erweise ich aus dem Artikel 19 der Bundesakte. Wie mag mir nun das Ministerium zum Vorwurf machen, daß ich eine vor die Bundesversammlung gehörige Angelegenheit in der Bundesstadt betreibe? Wer mag es mir bestreiten, daß man nicht Württemberger und Deutscher zugleich sein könne?“⁶

Das ist die Sprache eines freien Mannes. Diese Stellungnahme gibt ein zutreffendes Bild vom Charakter Friedrich Lists; zugleich läßt sie ahnen, welche Schwierigkeiten sich List mit dieser offenen Sprache in seinem eigenen Heimatlande einhandeln mußte. Sie zeigt auch, daß ihn nicht die Universität Tübingen vertrieben hat, sondern daß er selbst sein Amt niedergelegt hat. Freilich muß eingeräumt werden, daß die Tübinger Fakultät ihn, um es zurückhaltend zu formulieren, nicht mit offenen Armen aufgenommen hat. Aber das ist auch verständlich; denn der

⁵ Minister des Innern v. Otto an List, 30.04.1819, in: F. List, Tagebücher und Briefe 1812-1846, Werke, Band 8, Berlin 1993, S. 132.

⁶ F. List, An König Wilhelm I. von Württemberg, 21.05.1819, in: F. List, Tagebücher und Briefe 1812-1846, Werke, Band 8, Berlin 1933, S. 138.

damals verantwortliche Minister von Wangenheim hat List der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität geradezu aufgedrückt, ohne sie zu fragen, ohne sie zu konsultieren.⁷ Er hat die gewünschten Lehrstühle und die dazu passende Besetzung gleich mitgeliefert; keine Universität möchte so mit sich umspringen lassen. Wenn wir nach heutigen Kriterien durchprüfen, ob List überhaupt geeignet war, so stellen wir folgendes fest: Er war nicht promoviert, er konnte keine Lehrerfahrung auf akademischem Niveau nachweisen, er hatte noch nicht einmal ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Er hatte genialische Züge, das ist richtig. Aber das ist für eine normale Universität eher verdächtig. [Beifall]

Als List sein Lehramt an der Universität niederlegte, war er womöglich auch ganz froh, daß er diese Last los war; denn seine Sache war es wohl nicht, ruhig am Schreibtisch zu sitzen, Schriftstücke auszuarbeiten, am Katheder zu stehen und sie dann vorzulesen; er wollte ja bewirken, es drängte ihn zum unmittelbaren politischen Wirken. Und sein Lebensweg nach dem Rückzug von der Universität war auch entsprechend bewegt.⁸

Ich fasse zusammen: List regte an, er griff auf, er schrieb, er warb, er bekam – bei seinen wirtschaftlichen Projekten - Anerkennung, er genoß Reputation; er stand oft vor dem großen Erfolg, doch dann war der Fall um so tiefer. Er initiierte Projekte, große, visionäre Projekte, er säte - doch die Früchte ernteten andere. Er war kein Taktiker - wenn er es versuchte, ging es schief. Er konzipierte, er plagte sich ab, er setzte sich ein und durch, doch das Amt, die Lebensstellung, die seinem Leben, die seinen Gaben gemäß war, sie war ihm nicht vergönnt. Das drückt nieder, da zweifelt man, da verzweifelt man. In dieser Stimmung fuhr List gen Süden in trüben Novembertagen. Er machte in Kufstein Station, er kam an; doch er kam aus seiner Verzweiflung nicht mehr heraus. Mit einer Kugel machte er seinem Leben ein Ende.

Herr Hahn, Reutlingens Erster Bürgermeister, hat in Kufstein gesagt, List sei keineswegs nur ein Gescheiterter. Ich würde weiter gehen; ich würde sagen: List war ein Verzweifelter, aber er war kein Gescheiterter. Daß er nicht gescheitert war, zeigt sich an dem Thema, das mir gestellt ist: Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung - die Lehren Friedrich Lists. Wer von uns Ökonomen heute könnte hoffen, daß man nach 150 Jahren ein Thema nach ihm benennt und

⁷ Vgl. hierzu Josef Molsberger, „...Württemberg und Deutscher zugleich seyn“, a.a.O., S. 3-6, 9f.

⁸ Karl Häuser bemerkt: „Obwohl List ein Leben lang darum bemüht blieb, ein bürgerliches Leben zu führen, lesen sich Teile seiner Biographie wie Abschnitte aus einem Abenteuerleben“. (Friedrich List <1789-1846>, in: *Klassiker des ökonomischen Denkens*, 1. Band: Von Platon bis John Stuart Mill, hrsg. von Joachim Starbatty, München 1989, S. 237.

sein Werk abklopft, um zu prüfen, was es den Nachgeborenen zu sagen hat? Wenn ein Scheitern konstatiert wird, dann ist es bei der politischen Führung und der damaligen Gesellschaft zu suchen, die einen solchen Menschen nicht haben ertragen können, die ihn in die Verzweiflung getrieben haben.

Welche Erkenntnis gewinnen wir, wenn wir Lists Werk abklopfen? Ich konzentriere mich auf sein Hauptwerk: „Das Nationale System der politischen Ökonomie“. Wir lesen auf dem Deckblatt den schönen Wahlspruch: „Et la patrie et l’humanité“. Es geht ihm um Heimat, Vaterland, Nation einerseits, aber zugleich auch um Menschheit, Menschlichkeit, Humanität, also um eine allgemeine prinzipielle Verpflichtung. Es gibt durchaus eine Spannung zwischen diesen beiden Begriffen, und sein Werk steht auch in dieser Spannung und hält sie aus. Es geht List bei seinen wirtschaftspolitischen Überlegungen zunächst und zuvorderst immer um die Entwicklung der Nation, um die Entwicklung der deutschen Nation - nicht um sie abzusondern von der Welt, sondern um sie einzubringen in den freien Welthandel. Er will, daß sich die nationale Entwicklung in der Globalisierung - so würde man heute sagen - entfaltet; er will die Nation für den Eintritt, in die zukünftige Universalgemeinschaft, wie er es nannte, vorbereiten. Dabei kämpft List gegen die, wie er sie nannte, kosmopolitische Schule, die von Adam Smith begründet und von Jean Baptiste Say auf dem europäischen Kontinent propagiert worden war.⁹

Die Grundidee der kosmopolitischen Schule, die wir auch die klassische Schule nennen, ist einfach: Bei allgemeinem Freihandel - wenn die Wirtschaftssubjekte so handeln können, wie sie wollen - spezialisieren sich die einzelnen Länder entsprechend ihren komparativen Kostenvorteilen, und das Weltsozialprodukt erreicht so seinen höchsten Wert in Geldeinheiten gemessen. Wir haben ein Konzept in Maßeinheiten vor uns; freier Außenhandel führt also zu einer allgemeinen meßbaren Wohlstandssteigerung.

Dieser Sicht stellt List sein „Nationales System der politischen Ökonomie“ gegenüber. Er fragt sich nicht: Wie wird das Sozialprodukt der Weltgesellschaft bei gegebenen nationalen Produktionsbedingungen maximiert, sondern: Wie können junge Länder wie Deutschland und die USA, die industriell noch nicht so weit entwickelt sind - im Vergleich zum damaligen England - aufholen, um der führenden Welthandelsnation Paroli bieten zu können. Für ihn war wichtig,

⁹ Vgl. hierzu: Das nationale System der politischen Ökonomie. Erster Band. Der internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein, Stuttgart und Tübingen 1841, Elfte Kapitel. Die politische und die kosmopolitische Oekonomie, S. 183-200. (Faksimile-Ausgabe, Düsseldorf 1989)

daß sich Deutschland vom Agrarstaat zu einem Agromanufakturstaat entwickeln konnte. Die Industrialisierung ist dabei für ihn ganz wesentlich. Sie ist für ihn nicht nur Voraussetzung für Wohlstandssteigerung, sondern auch für kulturelle Entwicklung. Manufakturen und Fabriken sind Mütter und Kinder der bürgerlichen Freiheit, der Aufklärung, der Künste und Wissenschaften, des inneren und äußeren Handels, der Schifffahrt und der Transportverbesserungen, der Zivilisation überhaupt.

Reichtum bedeutet für ihn mehr als Anhäufen von Geldeinheiten; er liegt in dem Vermögen begründet, Werte zu schaffen. Dieses Vermögen steht für ihn im Mittelpunkt seines Denkens: Lists Theorie der produktiven Kräfte. Ein berühmter Satz aus dem „Nationalen System“ lautet: „Die Kraft, Reichtümer zu schaffen, ist demnach unendlich wichtiger als der Reichtum selbst“.¹⁰ Ein Satz, der neue Perspektiven eröffnet, ein Satz, den wir immer wieder zu Rate ziehen können.

Wie wollte List die produktiven Kräfte Deutschlands entfalten, ja aufblühen lassen? Er propagiert ein Instrument, das damals schon bekannt war, den Schutzzoll, aber nicht als Finanzzoll, um die staatlichen Kassen zu füllen, sondern um die Industrien in jungen Volkswirtschaften auf den Welthandel vorzubereiten. Schutzzoll unser Weg, Freihandel unser Ziel, so das Motto Friedrich Lists. Nun, diese Schutzzolltheorie ist nicht originell, sie wurde bereits vor ihm entwickelt, von James Madison in den USA und von Sir James Steuart hier auf dem Kontinent. Steuart lebte übrigens 5 Jahre in Tübingen. Das Schutzzollargument zur Entwicklung von Volkswirtschaften war also nicht unbekannt, und obendrein ist diese Theorie theoretisch mangelhaft fundiert.¹¹

List hat sie nicht näher begründet; es schien ihm evident zu sein, daß eine junge Industrie Zeit brauche, um sich zu entwickeln, um zu lernen und um sich zu behaupten. Es schien nur gar zu natürlich zu sein, einen zeitweiligen Schutz des Schwachen gegenüber dem Starken vorzusehen; er hat das nicht im einzelnen analysiert. Die kritische Diskussion dieses theoretischen Ansatzes hat ergeben, daß zeitweiliger Schutz den Lerneifer nicht anregt. Weiter müssen die Industriezweige ausgewählt werden, die als besonders entwicklungsfähig zu gelten haben - das Prognoseproblem; auch können nicht alle Importe mit Schutzzöllen belastet werden, da dann

¹⁰ Das nationale System, a.a.O., S. 201.

¹¹ Vgl. hierzu Josef Molsberger, Der Preis der industriellen Erziehung der Nation, Vortrag im Rahmen des Studium generale am 19. November 1996 (Mitschnitt des Universitätsradios Tübingen).

der Lebensstandard der Bevölkerung unerträglich gemindert würde. Ferner bedeutet Schutz ausgewählter Industrien eine entsprechende Belastung für alle diejenigen Unternehmungen, die die so verteuerten Erzeugnisse als Vorprodukte zu verarbeiten haben und im Inland oder auf Auslandsmärkten sich der Konkurrenz zu erwehren haben, die solche Belastungen nicht zu tragen hat. Insofern ist zweifelhaft, ob sich bei Schutzzoll tatsächlich junge Volkswirtschaften entwickeln können. Die empirische Erfahrung gibt unserer theoretischen Vermutung recht: Die jungen Industriestaaten Europas haben sich nach Abschluß des Cobden-Vertrages (1850) entwickelt, in einer Zeit des sich ausbreitenden Freihandels; sie haben das Mutterland der Industrialisierung, England, ein- und überholt; und nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Strategie des Herauslösens aus dem Weltmarkt - dafür steht ein Deutscher Pate: Dieter Senghaas, der von der Abkoppelung der Dritten Welt sprach, damit sie sich nach eigenem Muster entwickeln könne, damit sie nicht auf den Bahnen der Industrialisierung bewege, die die reifen Volkswirtschaften ihnen vorgäben - nichts gefruchtet, im Gegenteil; der Standort Lateinamerika, dessen Politiker dieser „Entwicklungsstrategie“ folgen wollten, war deswegen für internationale Investoren uninteressant geworden; er zieht erst wieder Investoren an, nachdem die Staaten sich dort öffnen. Südostasien dagegen hat sich in den Weltmarkt hineinbegeben und hat sich entwickelt, rascher und nachhaltiger als alle Staaten, die sich gegenüber dem Weltmarkt abgeschottet haben.

Die entscheidende Entdeckung für mich, als ich jetzt noch einmal das „Nationale System“ durcharbeitete, war, daß Friedrich List einen Produktionsort beschrieben hat, den wir alle vergessen haben, der aber ganz wesentlich für die Entwicklung einer Nation, für die Entwicklung einer Volkswirtschaft ist: die Familie. Die Familie als Produktionsort für Leistungen, für Verhaltensweisen, die ganz wesentlich sind für das Aufblühen von Volkswirtschaften. Die Familie kommt in den modernen Lehrbüchern nur als Konsumort vor, aber nicht als Ort, wo produktive Kräfte geschaffen und gebildet werden können. Und hier zeigt sich auch der Unterschied zwischen der Theorie der meßbaren Werte, die materiellen Reichtum anhäufen will, und der Theorie der produktiven Kräfte, die in Familien entstehen und ausgebildet werden.

Ich möchte Ihnen die Stelle, in der List die Entwicklung der produktiven Kräfte in den Familien zeigt, in voller Länge vorlesen; es ist für mich eine ganz außergewöhnliche Stelle: „Wenn von zwei Familienvätern, die zugleich Gutsbesitzer sind, jeder jährlich 1 000 Taler erspart und jeder fünf Söhne besitzt, der eine aber seine Ersparnisse an Zinsen legt und seine Söhne zu harter

Arbeit anhält, während der andere seine Ersparnisse dazu verwendet, zwei seiner Söhne zu rationellen Landwirten auszubilden, die drei übrigen aber jeden nach seinen besonderen Fähigkeiten Gewerbe erlernen zu lassen, so handelt jener nach der Theorie der Werte, dieser nach der Theorie der produktiven Kräfte. Bei seinem Tod mag jener an Tauschwerten bald reicher sein als dieser, anders aber verhält es sich mit den produktiven Kräften. Der Grundbesitz des einen wird in zwei Teile geteilt werden, und jeder Teil wird mit Hilfe einer verbesserten Wirtschaft so viel Reinertrag gewähren, wie zuvor das Ganze, während die übrigen drei Söhne in ihren Geschicklichkeiten neue Nahrungsquellen erworben haben. Der Grundbesitz des anderen wird in fünf Teile geteilt werden, und jeder Teil wird ebenso schlecht bewirtschaftet werden wie früher das Ganze. In der einen Familie wird eine Masse verschiedenartiger Geisteskräfte und Talente geweckt und ausgebildet werden, die sich von Generation zu Generation vermehren. Jede folgende Generation wird mehr Kraft besitzen, materiellen Reichtum zu erwerben als die vorangegangenen, während in der anderen Familie die Dummheit und Armut mit der Verminderung der Anteile am Grundbesitz steigen muß.“¹²

Wir sehen also, daß List durch intelligente Erziehung und Ausbildung produktive Kräfte wecken und ausbilden und so zur Mehrung des Reichtums beitragen will. Zugleich macht er darauf aufmerksam, daß Familien die Wurzeln volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sind. Im familiären Verbund lernen die Kinder, auf ökonomische, gesellschaftliche, politische, allgemeine Herausforderungen zu reagieren; in der Familie können sie Verantwortung und Leistungsbereitschaft erfahren und einüben. Wie wichtig die Familie ist, haben soziologische Untersuchungen in den USA ergeben. Sie haben untersucht, welche nationalen Minderheiten aufsteigen und welche absteigen. Der Aufstieg von Minderheiten ist korreliert mit einem intakten Familienleben.¹³ Ich glaube, das haben wir vergessen oder verdrängt: Familien sind die Keimzellen volkswirtschaftlichen Reichtums.

Erziehung und Ausbildung aber nicht nur in der Familie, sondern auch auf Schulen und Universitäten; das ist nach Lists Auffassung von der klassischen Schule vernachlässigt worden, auf

¹² Das nationale System, a.a.O., S. 208.

¹³ The Asians at Berkeley (The Wall Street Journal, 30.5.95, A14): „Certain peoples. the Chinese among them, have excelled for centuries as a diaspora under often hostile conditions. But according to Harvard’s Nathan Glazer, even the Jewish immigrants’ success earlier this century cannot compare in breadth and speed with Asian ascendancy in America. The Berkeley numbers, as well as all the high-school honors across the land that underpin such data, are the starkest benchmark of that achievement...Putting aside the genetic indicators that inform the controversy over ‚The Bell Curve‘, the most important factor in the rise of this new American elite is the intense and devoted family relationships that typify the Asian home“.

jeden Fall nicht recht gewürdigt worden. Deswegen spottet List über die klassische Schule: Wer Schweine hütet, sei entsprechend dieser Lehre ein produktives Mitglied, weil man die Erfolge seiner Tätigkeit messen könne, die gemästeten Schweine; wer Menschen erziehe, sei nach Auffassung der klassischen Schule ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft - wie falsch, sagt uns Friedrich List.¹⁴ Es ist ja wahr: Gute Schulen, gute Universitäten sind der Ort für die Entwicklung einer Nation. Hier wird gelernt und eingeübt, was später praktisch umgesetzt wird und in Schaffung eines höheren Wohlstands einmündet - die Lehre von den produktiven Kräften.

Wenn wir unter diesem Aspekt einmal prüfen, wie in diesem Lande bisher Hochschulpolitik betrieben wurde, so entspricht sie eher der „Theorie der Werte“ - gemessen in Geldeinheiten -, aber nicht der Theorie der produktiven Kräfte - gemessen als individuelles Vermögen, Reichtum zu schaffen. Wie verhält sich zur Zeit unsere Landesregierung, die ich wegen ihres Fleißes und Bemühens durchaus schätze? Ich will es im List'schen Sinne gerade heraus sagen. Unser Landesvater hat anlässlich des „dies academicus 1996“ in Tübingen einen Vortrag gehalten, in dem er uns klargemacht hat, warum er bei dem Etatposten „Hochschulausbildung“ streichen müsse. Er hat - in etwa - gesagt: In früheren Zeiten, da habe es oft höhere Steuereinnahmen als vorhergesehen gegeben, da habe man einen Nachtragshaushalt machen müssen, um das zusätzliche Geld auch ordnungsgemäß ausgeben zu können; das gehöre sich ja auch so. Und jetzt hätten wir geringere Steuereinnahmen als erwartet, also müsse jetzt dafür gesorgt werden, daß gespart werde. Das ist Politik nach der „Theorie der Werte“. Ein vorausschauender Landesvater hätte in schlechten Zeiten für bessere Zeiten vorgesorgt; er würde jetzt eben nicht mit der Sense über die Universität gehen und genau die Bereiche herunterschneiden, die sich entwickeln können und müssen. Denn die alten Erbhöfe trifft man damit nicht; man nimmt der Universität vielmehr die Mittel, die sie für eine personelle und fachliche Erneuerung dringend bräuchte.

Und wie reagiert die Universität? Nach der „Theorie der Werte“ oder nach der „Theorie der produktiven Kräfte“? Sie reagiert nach der „Theorie der Werte“: Je stärker gekürzt wird, desto lauter wird gejammert. Das ist auch ein falscher Weg. Wir müssen anfangen, die „Theorie der produktiven Kräfte“ auch auf die Universitäten anzuwenden. Wenn man es – holzschnittartig – auf den Punkt bringen will: Die deutschen Universitäten sind vielfach besser als ihr Ruf; aber

¹⁴ Das nationale System, a.a.O., S. 213.

sie schöpfen ihr Potential bei weitem nicht aus. Es fehlt ihnen das, was bei den führenden US-amerikanischen Universitäten sogleich zu spüren ist: Spirit of competition. Für jede Sozietät gilt, daß ihre Innovationskraft nachläßt, wenn der Wettbewerb fehlt. In diesem Sinne müssen wir die Weichen für die Erneuerung stellen.

List hat uns klargemacht, wie wichtig eine gute Ordnung für die Entwicklung der Gesellschaft ist. Er hat das gezeigt, indem er die einzelnen Institutionen aufgeführt hat, die der Entfaltung der produktiven Kräfte dienen: Die Öffentlichkeit der Rechtspflege, das Geschworenengericht, die parlamentarische Gesetzgebung, die öffentliche Kontrolle der Staatsverwaltung, die Selbstadministration der Gemeinden und Korporationen, die Pressefreiheit; alle diese Assoziationen zu gemeinnützigen Zwecken gewähren den Bürgern konstitutioneller Staaten wie der Staatsgewalt eine Summe von Energie und Kraft, die sich schwerlich durch andere Mittel erzeugen läßt.¹⁵ In einem prinzipiellen Sinne sind diese Institutionen Konkretion von Menschenrechten. Damit macht List auf einen Zusammenhang aufmerksam, der in der derzeitigen Diskussion um die Realisierung von Menschenrechten verloren zu gehen droht. Man kann den Eindruck gewinnen, daß einige unter den modernen Demokratien – in der Regel die bevölkerungsmäßig kleineren – auf die Durchsetzung der Menschenrechte insbesondere gegenüber der Volksrepublik China drängen und bei Verweigerung auch Sanktionen verhängt sehen wollen, während die größeren Demokratien dies hintertreiben – aus Furcht, Handelsgewinne einzubüßen und nationale Beschäftigungssicherung zu gefährden. Die VR China sieht sich ihrerseits unter Druck gesetzt und bemerkt rasch, daß sie bei Aufbau eines geeigneten Drohpentials die Forderungen nach Einführung von Menschenrechten unterlaufen kann. Es ist zu vermuten, daß die chinesischen Reaktionen auf den normativen Druck zurückzuführen sind. Würde das Thema Menschenrechte gewissermaßen auf der analytischen Ebene in dem Sinne behandelt, daß sich langfristig wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft, die ja immer Konsequenz einzelwirtschaftlichen Handelns sind, am ehesten bei Gewährung von Menschenrechten sichern und stärken lassen, dann würde man auf chinesischer Seite zumindest das Nachdenken anstoßen. Genau hierauf wird man bei der Lektüre dieses Listschen Textes aufmerksam. Auch das erhärtet unser Urteil, daß nicht List gescheitert ist, als er sich erschöpfte, weil er keinen Ausweg mehr sah, sondern die Gesellschaft, die solche Männer nicht hat akzeptieren wollen.

¹⁵ Das nationale System, a.a.O., S. 209.

Wir lernen von Friedrich List so auch, daß eine gute Ordnungspolitik die beste Voraussetzung ist, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Und nun frage ich mich, Lists europäische Ideen aufgreifend: Wie kann sich denn nun die Europäische Union zukünftig in der Globalisierung behaupten? Was können wir von List lernen im Hinblick auf die zukünftige Politik der Europäischen Union?

Der Grundgedanke des Deutschen Zollvereins läßt sich ja auf Europa übertragen: Die vier Freiheiten im Rom-Vertrag - Freiheit für Waren, Dienstleistung, Kapital und Arbeit - stehen dafür. Und sein Konzept des infrastrukturellen Ausbaus über die Knüpfung eines Eisenbahnnetzes kann Pate stehen für das Konzept der Europäischen Kommission bei der Schaffung transeuropäischer Netze. Das ist nicht weiter strittig; hier zollen wir List für seine Weitsicht hohe Anerkennung.

Was sagt er uns denn über die Behauptung der Europäischen Union bei fortschreitender Globalisierung? Der Trend zur Globalisierung wird gerade in der Europäischen Union von vielen Politikern und Menschen als Bedrohung empfunden: Die Lohnkonkurrenz, oft auch als Sozialdumping bezeichnet, werde die europäischen Arbeits- und Sozialsysteme sprengen. Man könne nicht mit Ländern konkurrieren, wo der Lohn bloß ein „Dreck“ sei. Dagegen müsse man sich schützen. Der Präsident der französischen Nationalversammlung, Philippe Seguin, schrieb: „Wenn es sich herausstellt, daß unsere derzeitige Einbeziehung in die internationale Ökonomie nicht erlaubt, zu Vollbeschäftigung zu kommen, müssen wir uns anders organisieren. Auch wenn dazu ein gewisser Interventionismus notwendig ist“.¹⁶ Das heißt letztlich: Festung Europa. Er diskutiert und untersucht nicht die einzelnen Gründe für die vermutete mangelnde Konkurrenzfähigkeit Europas, weswegen Europa in der Globalisierung also nicht schritthalten könne, sondern sagt einfach, ein gewisser Interventionismus sei notwendig; damit meint er, Europa brauche Außenschutz.

Würde auch List diesen Rat geben? Er hat ja für den deutschen Zollverein einen kräftigen Außenschutz vorgesehen. Aber dieser Zoll sollte junge Industrien schützen, weil sie Zeit bräuchten, um sich gegenüber der entwickelten Industrie Großbritanniens zu behaupten. Lists Erziehungszoll gilt für junge Industrien in sich entwickelnden Volkswirtschaften, nicht für alte Indu-

¹⁶ Philippe Séguin, *Eu attendant l'emploi*, Paris 1996. – Die Stelle ist zitiert und übersetzt in: Horst Afheldt, *Vom Ungenügen des ökonomischen Denkens. Warten auf Arbeitsplätze: Wer auf den neoliberalen „Endsieg“ setzt, verkennt die Wirklichkeit*, in: *Süddeutsche Zeitung*, Montag, 25. November 1996.

strien in reifen Volkswirtschaften. Da hätte Friedrich List wohl gesagt: Wer mangels Dynamik und Flexibilität sich nicht mehr richtig gegen junge Industrien behaupten kann, dem verschreibe ich nicht Bettruhe, sondern Bewegung. Es wäre nach seiner Auffassung falsch, Industrien, die bewegungsunfähig werden, mit Hilfe eines Zollschutzes vor sich hindämmern zu lassen; so werden wir Europa nicht konkurrenzfähig machen. List hätte dafür kein Verständnis gehabt.

Wie würde Friedrich List über die Europäische Währungsunion denken? Es ist natürlich nicht unproblematisch, Friedrich List und sein Werk wie ein Orakel zu befragen, als ob es auf alle möglichen Währungs- und Wirtschaftsprobleme eine Antwort hätte. Vielfach mag sich auch zeigen, daß der Ratsuchende den Spruch des Orakels so interpretiert, daß er in das eigene Weltbild paßt. Ich wage es trotzdem, auch im Listschen Sinne; er hat sich ja auch nicht davor gescheut, bei hohen politischen Herren anzuecken.

Natürlich würde List konzedieren, daß eine Europäische Währungsunion die Vielfalt der Währungen abschaffen würde, daß Informations- und Transaktionskosten entfielen, genau wie bei der Beseitigung von Zoll- und Mautstellen. Doch ging der Nationalökonom und Weltbürger Friedrich List wie kaum ein anderer Denker des vorigen Jahrhunderts von der Interdependenz von Politik und Wirtschaft aus - bei Eugen Wendler ist das sorgfältig herausgearbeitet.¹⁷ List wird gewußt haben, daß letztlich eine Währungsunion ohne eine politische Union nicht denkbar ist.

Normalerweise verläuft der Prozeß ja umgekehrt. Nach vielfältigen Bestrebungen kommt es zunächst zu einer politischen Vereinigung und dann erst zu einer Währungsunion. Auch das Deutsche Reich wurde 1871 zunächst politisch gegründet, bevor die Deutsche Reichsbank eingerichtet wurde und gemeinsames Geld, die Reichsmark, emittiert wurde. Der Maastricht-Vertrag jedoch sieht vor, daß zunächst die Währungsunion geschaffen wird und alles andere dann folgen soll oder auch nicht. Die Vorschriften zur Währungsunion sind bis ins Detail ausformuliert. Man hat auch schon Regelungen getroffen über die Verteilung des zukünftigen Notenbankgewinns. Die Vorschriften zur politischen Union sind bloß Erinnerungsposten. Für den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt bleibt im Maastricht-Vertrag außer den Vor-

¹⁷ Eugen Wendler, Friedrich List. Politische Wirkungsgeschichte des Vordenkers der europäischen Integration, München 1989, passim.

schriften zur Währungsunion alles schwammig.¹⁸ Der Maastricht-Vertrag hat uns mit der Europäischen Währungsunion eine „hinkende Konstruktion“ beschert; solange die politische Fundamentierung fehlt, muß mit einem Scheitern dieses politischen Projekts gerechnet werden. Konvergenzkriterien und Stabilitäts- und Wachstumspakt sind nichts anderes als Hilfsvehikel, um so einen Ersatz für eine politische Union zustandezubringen. Die Konvergenzkriterien sollten denjenigen EU-Staaten die Mitgliedschaft in der Währungsunion verwehren, die eine nachhaltige Konsolidierung und entsprechende Umstrukturierung ihrer nationalen Haushalte schuldig geblieben seien und von denen deswegen man nicht erwarten könne, daß sie sich in Zukunft finanzpolitisch solide verhielten. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll darüber hinaus sicherstellen, daß die Mitglieder der Währungsunion sich auch nach Beitritt zur Währungsunion finanzpolitisch solide verhalten, weil der Artikel 104c des Maastricht-Vertrages zu wenig konkret, zu unverbindlich und zu umständlich ist. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist also bloß ein unvollkommenes Substitut für eine politische Union. Was hätte uns Friedrich List zu dieser Konstruktion gesagt. Er hätte geradeheraus gesagt: Ihr zäumt das Pferd beim Schwanz auf.¹⁹

Es sei zugegeben, daß man bei anderer Gewichtung und Interpretation zu abweichenden Ergebnissen kommen könne, weil natürlich die Gefahr besteht - ich habe das eingeräumt -, daß man List so antworten läßt, wie man's gerne hätte. Aber derjenige, der an anderen Antworten interessiert ist, soll List erst einmal lesen und dann Stellung nehmen.

Damit bin ich am Ende meines Überblicks über das, was uns Friedrich List heute zu sagen hat. Ich glaube, es sind wesentliche Dinge. Allein die Entdeckung der Familie als Produktionsort, das wäre einen Nobelpreis wert. Sicher, wir sagen die Dinge heute wissenschaftlicher, manchmal aber auch bloß komplizierter. Die Wirtschaftswissenschaftler bedienen sich dabei oft der mathematischen Sprache. Schiebt man aber den technischen Aufwand beiseite, bleibt vielfach

¹⁸ „Das ist ein Kraut-und-Rüben-Vertrag. In Wirklichkeit ist alles, was Hardware ist in dem Vertrag, die Währungsunion. Alles andere ist wolkig, schwammig. Die gemeinsame Außenpolitik bleibt schwammig, die gemeinsame Sicherheitspolitik bleibt schwammig, die institutionelle Korrektur der Organe der Europäischen Union, die Frage der Erweiterung Richtung Süden“ („Den Knüppel vergaben“ <Spiegel-Gespräch>, in: Spiegel 1/1996, S. 28).

¹⁹ In diesem Sinne heute Markus Lusser, früherer Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank: „Die EU zäumt jedoch das Pferd beim Schwanz auf: Sie konzipiert die Währungsunion als Grundlage und nicht als Abschluß einer für später gedachten politischen Union. Ich halte dieses unorthodoxe Vorgehen für gefährlich. Jede Währungsunion, die nicht in einer gewachsenen – in einer erprobten – politischen Union verankert ist, droht früher oder später auseinander zu brechen“. Nationale Geldpolitik zwischen Regionalisierungs- und Globalisierungstendenzen, in: Globalisierung und Wettbewerb, hrsg. von Reinhold Biskup, Bern-Stuttgart-Wien 1996, S. 194.

bloß Triviales. Bei List finden wir zentrale Einsichten und Anstöße, oft mit leichter Hand hingestreut. Wenn wir bedenken, was List zu seiner Zeit geleistet hat, was er für unsere Zeit bedeutet, dann sollte der angstvolle Ausruf - Oh Herr, meine Güte, das wird ja der zweite List - wie ein großes Sonderlob klingen. Wie stolz wären meine Kollegen und ich, würde man über uns sagen: Das wird ja der zweite List!